

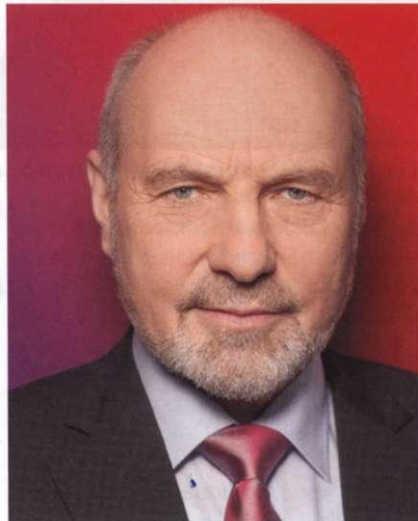
# Europas Streitkräfte Nur reden bringt sie nicht voran

**Rainer Arnold MdB**  
**Verteidigungspolitischer Sprecher**  
**der SPD-Bundestagsfraktion**

Mehr Europäisierung für Europas Verteidigungspolitik: Alle wollen sie, alle fordern sie und nie war sie notwendiger. Jetzt müssen Taten folgen, es braucht einen Aufschlag der Europäischen Regierungschefs.

Seit 2007 werben die sozialdemokratischen Fachpolitiker im Deutschen Bundestag für eine vertiefte Kooperation in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Unter der plakativen Überschrift „Europäische Armee“ haben wir Papiere verfasst und internationale Konferenzen organisiert. Anfänglich sind wir belächelt worden, die SPD träume von einer utopischen Welt. Sieben Jahre später ist das Thema plötzlich in aller Munde: Kommissionspräsident Juncker fordert jetzt eine europäische Armee, Bundesministerin von der Leyen will sie und sogar Kanzlerin Merkel schließt sich an.

Das begrüßen wir. Zumal wir uns längst auf den Weg zu europäischen Streitkräften befinden. Unter den Stichworten „Pooling and Sharing“ oder „Smart Defence“ gibt es mittlerweile in EU und NATO insgesamt 113 multinationale Kooperationen im Ver-



(Foto: Arnold)

teidigungsbereich. Wir haben die Deutsch-Französische Brigade, das Deutsch-Niederländische Korps, die Division Schnelle Kräfte u.v.a.m. Wir sind bereits in Teilbereichen abhängig voneinander. Die Zusammenarbeit ist gut, die Soldaten lernen, wie sie im Alltag funktioniert, aber sie ist auch noch ausbaufähig.

Warum gehen wir jetzt nicht einen Schritt weiter und bilden zusammen mit den europäischen Mitgliedstaaten Schwerpunkte bei den Fähigkeiten? Wo Schwerpunkte

gebildet werden, werden auch finanzielle und personelle Ressourcen frei. Das „Framework Nations Concept“ und die sogenannte „Speerspitze“ gehören genauso zu Europa wie in die NATO.

Wichtig ist jetzt, diese Abhängigkeiten politisch zu organisieren. Warum: Die Zeiten haben sich geändert: Der zunehmende Terror durch den IS hat gezeigt, wie verletzlich unser Kontinent ist- im Osten fühlen sich die osteuropäischen Staaten durch die Ukraine-Krise bedroht, im Süden durch die zunehmend instabilen Staaten Afrikas und den permanenten Unruheherd im Nahen Osten. Die nächsten Krisen zeichnen sich bereits ab, wenn beispielsweise im Libanon die staatlichen Institutionen durch Flüchtlingsströme zusammenzubrechen drohen. Cyber-Attacken nehmen zu. Für diese Herausforderungen ist Europa kaum gerüstet.

Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Ukraine-Krise sehen die Bürger Europas mit Besorgnis auf die Verteidigungsfähigkeit des Kontinents. Erstmals sind in einer repräsentativen Umfrage 41 Prozent der Deutschen der Auffassung, dass die Bundeswehr zu klein ist, knapp die Hälfte ist für eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts. Ein paar Millionen mehr aber



(Foto: NATO)

**AWACS-Flugzeug der NATO: AWACS ist ein gutes Beispiel für multinational integrierte Verbände.**

machen Europa nicht schlagkräftiger: Was wir brauchen, ist einen echten Effizienzsprung.

## Arbeitsteilung ist ohne Alternative

Angesichts knapper Mittel in allen europäischen Verteidigungshaushalten ist die Arbeitsteilung bei den militärischen Fähigkeiten ohne Alternative. Im Vergleich zu den USA und auch zu Russland sind unsere 28 nationalen Armeen mit zusammen rund 1,5 Millionen Soldaten viel zu teuer: Rund 200 Milliarden Euro geben die Staaten der Europäischen Union gegenwärtig im Jahr für Verteidigung aus. Trotzdem entsprechen die Fähigkeiten der Europäer nur zehn bis maximal 15 Prozent der Leistungsfähigkeit der US-Amerikaner. In den laufenden Einsätzen machen sich die Fähigkeitslücken der Europäer gerade in strategischen Bereichen schmerzlich bemerkbar.

Zudem gibt es in der Europäischen Union nach wie vor kostspielige Überschneidungen von Verteidigungsprogrammen, zum Beispiel mehr als 20 Programme für gepanzerte Fahrzeuge, sechs verschiedene Programme für U-Boote, fünf Programme für Boden/Luft-Raketen, fünf Programme für Kampfflugzeuge. Europäisch abgestimmte Systeme, Normen und Zulassungsverfahren sowie größere Beschaffungsmengen könnten einen Beitrag zur Kostensenkung, vor allem aber für mehr Effizienz und Interoperabilität der europäischen Streitkräfte leisten. Der Verweis auf das Debakel bei den Ausrüstungsmängeln der Bundeswehr, insbesondere bei den Großgeräten, sei hier gestattet.

Wie also ist es unter diesen Umständen um die Verteidigungsfähigkeit Europas bestellt? Nicht gut: Wir haben keine Strategie, wie

auf die veränderten Herausforderungen zu reagieren ist. Sinkende Etats in allen europäischen Mitgliedsländern, kein gemeinsames Krisenmanagement, rein nationale Streitkräftereformen, keine Abstimmungen in europäischen Weißbüchern, national orientierter Rüstungssektor - damit ist kein Staat zu machen. Polen und traditionell Großbritannien trauen Europa wenig zu, sie setzen in puncto Verteidigungsfähigkeit ausschließlich auf die NATO. Die NATO konzentriert sich derzeit wieder auf ihre Kernaufgaben, die Bündnispolitik, sie braucht vor allem Rückendeckung durch die Europäer.

Aus allen diesen Gründen brauchen wir einen neuen Aufschlag für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) durch die Regierungschefs. Jetzt ist Angela Merkel aufgefordert, eine neue europäische Sicherheitsstrategie (ESS) anzustoßen, sie muss Taktgeber werden. Den Auftrag dazu könnte sie schon auf dem nächsten Verteidigungsgipfel verankern.

Denn das vielbeschworene Fenster der Möglichkeiten ist gerade sperrangelweit offen: Im Juni findet der europäische Gipfel zur GSVP statt, im Frühjahr 2016 will die NATO in Warschau konkrete Ergebnisse zur Modernisierung des europäischen Verteidigungssektors vorstellen, im Herbst 2016 wird die Bundesregierung ein neues Weißbuch vorlegen. Wir fordern im Anschluss einen EU-Gipfel zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der unsere Verteidigung neu organisiert. Gelingt dies nicht innerhalb der nächsten fünf Jahre, ist das Ergebnis eine Marginalisierung Europas. Der Lissabon-Vertrag bietet mit der Möglichkeit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) die rechtliche Grundlage. Bislang findet die SSZ keine Anwendung. Dies ist ein politisches Versäumnis. Von der SSZ kann ein starkes

politisches Signal ausgehen, das alle Staaten der Europäischen Union einlädt, an der engeren sicherheitspolitischen Kooperation mitzuwirken.

Es gibt längst viele, wegweisende Projekte militärischer Zusammenarbeit, auf denen man aufbauen kann. Sie kommen aber nicht im Rahmen der GSVP zum Einsatz, da in Brüssel die politischen Weichen noch nicht gestellt sind und oft auch der politische Wille fehlt. Integrierte europäische Sicherheitspolitik ist jedoch mehr als nur gemeinsame Stäbe und unterstützende Einheiten. Ein gemeinsamer Verband, der zusammen in einen Einsatz verlegt würde, wäre ein deutlicher Schritt nach vorne. Die NATO mit ihrem AWACS-Verband liefert ein gutes Beispiel für multinational integrierte Verbände. Der Brief, den die drei Verteidigungsminister des Weimarer Dreiecks Ende März an die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, geschrieben haben, nennt als Instrument dafür die EU-Battie Groups. Auch dies wäre eine konkrete Initiative, die wir nur unterstützen können. Wir plädieren für einen militärischen Nukleus, um den die Staaten Europas die schon existierenden Kooperationsmöglichkeiten herum gruppieren. Andere können sich anschließen.

Von 28 Mitgliedstaaten der EU haben 16 einen Parlamentsvorbehalt. Warum nicht die Stärke der Parlamente nutzen und beim nächsten Gipfel einen europäischen Verteidigungsausschuss gründen. Regelmäßige Treffen zwischen dem deutschen und dem französischen Verteidigungsausschuss werden gerade geplant, aber warum nicht Polen, ein Mitglied des Weimarer Dreiecks, dazu holen? Oder die Niederländer, die Italiener.

Ein beherzter Aufschlag für die Verbesserung der europäischen Krisenreaktionsfä-

higkeit ist das Mindeste, was von dem europäischen Gipfel im Juni erwartet werden kann. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Krisen der letzten zwei Jahre haben deutlich gemacht, wie verwundbar Europa ist und welche Verantwortung wir für die angrenzenden Regionen haben. Wir haben auch erleben müssen, was passiert, wenn sich Europa nicht rechtzeitig um aufkommende Krisen in den Anrainerstaaten kümmert. Um auf beides reagieren zu können, brauchen wir eine europäische Fähigkeit zur Krisenreaktion- und -Prävention, finanziert und betrieben von der EU-Kommission. Dabei geht es nicht um Doppelungen zur NATO und deren Kernaufgaben der Bündnisverteidigung und Abschreckung. Es geht auch nicht um die

Aufgabe nationaler Streitkräfte, sondern um einen eigenen Europäischen Krisenreaktionsverband. Die von der SPD lange geforderte Einrichtung eines Europäischen Headquarters wäre ein starkes Signal dafür, das ohne großen Aufwand installiert werden könnte.

Am Ende des oben geschilderten Prozesses mag als Vision eine Europäische Armee stehen. Europäische Streitkräfte sind sicherlich Zukunftsmusik, aber sie sind keine Utopie, denn wir sind faktisch auf dem Weg dahin. Sie lägen zudem in der Logik der Europäischen Einigung: die Faktische Abschaffung von Grenzen und nationalen Währungen, von gemeinsamen Werten und Zielen, von einem freien Binnenmarkt und einer freien, offenen Gesellschaft.

Deutschland könnte zusammen mit Frankreich der Antreiber für mehr Europäisierung sein. Dabei sollten wir den Fehler vermeiden, die Debatte auf die Fragen der nationalen Souveränität zu verengen, dies steht erst am Ende einer langen Entwicklung. Wir dürfen das Projekt auch nicht als „Sparbüchse“ missverstehen, sondern müssen bereit sein, in Teilbereichen auch in Vorleistung zu gehen. Nur so sind wir für unsere Partner berechenbar und verlässlich. Unser Parlamentsvorbehalt ist dabei kein Hemmschuh. Die eingesetzte Kommission zur Überprüfung und Sicherung des deutschen Parlamentsvorbehalts wird hier bereits in den nächsten Wochen die entsprechenden Vorschläge unterbreiten. •